

076641/EU XXVII.GP
Eingelangt am 14/10/21



HOHER VERTRETER
DER UNION FÜR
AUSSEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK

Brüssel, den 13.10.2021
JOIN(2021) 27 final

**GEMEINSAME MITTEILUNG AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT,
DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN
AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Verstärktes Engagement der EU für eine friedliche, nachhaltige und prosperierende
Arktis**

EINLEITUNG

Die Europäischen Union (EU) ist in der Arktis präsent. Für die EU als einflussreiche geopolitische Macht sind die europäische Arktis und das gesamte arktische Gebiet von großem strategischen aber auch alltäglichen Interesse. Die EU hat überdies ein elementares Interesse daran, die multilaterale Zusammenarbeit in der Arktis zu unterstützen und die Arktis als sichere, stabile, nachhaltige, friedliche und prosperierende Region zu erhalten. Als wichtiger Wirtschaftsakteur ist die EU mitverantwortlich für eine globale nachhaltige Entwicklung, auch in den arktischen Gebieten, und für die Existenzgrundlagen der Bewohner, einschließlich der indigenen Bevölkerung. Die EU hat aufgrund ihres ökologischen Fußabdrucks und der Nachfrage nach Ressourcen und Erzeugnissen aus der Arktis erhebliche Auswirkungen auf diese Region.

Der Klimawandel stellt eine Bedrohung von beispiellosem Ausmaß für die Arktis dar und hat einen kritischen Punkt erreicht¹. Die Arktis reagiert besonders empfindlich auf die Erderwärmung – sie ist hier in den letzten 50 Jahren dreimal so schnell vorangeschritten wie im globalen Durchschnitt. Die Ausdehnung und Dicke der Meereisbedeckung derzeit auf dem niedrigsten Stand seit 1850 und voraussichtlich wird der arktische Ozean noch vor 2050 in den Sommermonaten mindestens einmal praktisch eisfrei bleiben. Zudem schmilzt die Fläche des grönländischen Eisschildes immer mehr ab und in der gesamten Arktis taut nach und nach der Permafrostboden auf. Die in einem engen Zusammenhang stehenden Veränderungen in der Arktis führen zu einem Anstieg des Meeresspiegels, Störungen der Wettersysteme und Küstenerosion, zu einem Verlust an biologischer Vielfalt und zur Zerstörung der damit verbundenen Ökosysteme. Der Albedo-Effekt – die verringerte Reflexion der Sonnenstrahlung aufgrund der Schrumpfung der Meereisfläche – und die Freisetzung von Treibhausgasen durch das Auftauen der Permafrostböden beschleunigen den Klimawandel und könnten dazu beitragen, dass Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden. Die drastischen Folgen, die durch Umweltschäden zusätzlich verschärft werden, sind weltweit spürbar und haben für die Natur und die Menschen in verschiedener Hinsicht tiefgreifende Auswirkungen, von denen einige gerade erst sichtbar werden. Indigene Völker sind besonders hart betroffen, und die Verschlechterung der Lage wird auch die Aussichten für künftige Generationen beeinträchtigen. Im jüngsten Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) wird erneut betont, dass jetzt und entschlossen gehandelt werden muss².

Dieses Jahrzehnt wird über Erfolg oder Scheitern der Bekämpfung des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt entscheiden. Die EU ist bei diesen Bemühungen weltweit führend und entschlossen, durch ihr neues Klimagesetz und das Paket „Fit für 55“³ im Vorfeld der COP 26 dieser Vorreiterrolle und ihrer globalen Verantwortung vollständig gerecht zu werden. Klimaschutz ist angesichts der enormen Rückkopplungseffekte der Erwärmung in der Arktis von besonderer Bedeutung für diese Region. Die Legislativvorschläge im Rahmen des europäischen Grünen Deals (EGD)⁴ werden im

¹ IPCC „Klimawandel 2021“: Naturwissenschaftliche Grundlagen des Klimawandels Beitrag der Arbeitsgruppe I zum sechsten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (<https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/>)

² Ebenda.

³Die Vorschläge „Fit für 55“ sehen eine Kombination aus Folgendem vor: Emissionshandel, verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien; höhere Energiewirksamkeit; raschere Einführung einer auf emissionsarme Verkehrsträger abgestimmten Steuerpolitik, Maßnahmen zur Verhinderung der Verlagerung von CO₂-Emissionen sowie Instrumente zur Erhaltung und zum Ausbau natürlicher Kohlenstoffsenken.

⁴ COM(2019) 640

Mittelpunkt des Engagements der EU für die Arktis stehen, zusammen mit dem durch Wissenschaft, Innovation und regionale Investitionen unterstützten neuen Ansatz der EU für eine nachhaltige blaue Wirtschaft⁵.

Es liegt vorrangig in der Verantwortung der arktischen Staaten⁶, die Herausforderungen und Chancen in ihrem Hoheitsgebiet anzugehen. Viele dieser Herausforderungen reichen jedoch über die nationalen Grenzen und die Grenzen der Region hinaus und können im Rahmen regionaler oder multilateraler Zusammenarbeit wirksamer bewältigt werden. In diesem Zusammenhang muss auch der Rolle der EU als Gesetzgeber für einen Teil der europäischen Arktis Rechnung getragen werden.

Durch das vermehrte Interesse an der Nutzung der arktischen Ressourcen und Transportrouten könnte die Region zum Schauplatz eines lokalen und geopolitischen Wettbewerbs und möglicher Spannungen werden, die die Interessen der EU gefährden. Die weltweite Nachfrage nach Erzeugnissen aus der Arktis macht deutlich, dass die Entwicklung der Arktis nicht nur von lokalen politischen und wirtschaftlichen Kräften vorangetrieben wird.

Diese Herausforderungen und Chancen sind miteinander verknüpft, und viele von ihnen können am besten in Koordination und enger Zusammenarbeit mit den arktischen Staaten, regionalen Behörden und lokalen Gemeinschaften angegangen werden. **Das umfassende Engagement der EU bei arktischen Angelegenheiten ist eine geopolitische Notwendigkeit.** Das Handeln der EU muss sich auf ihre Werte und Grundsätze stützen, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der nachhaltigen Entwicklung, der Gleichstellung der Geschlechter, der Vielfalt und Inklusion, der Unterstützung eines regelbasierten Multilateralismus⁷ und der Achtung des Völkerrechts, insbesondere des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ).

ZIELE

Aufbauend auf ihrer in früheren Gemeinsamen Mitteilungen zu Arktisfragen⁸⁹ dargelegten Politik und auf der Grundlage der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union von 2016 und der politischen Prioritäten der Kommission wird die EU ihr Engagement für die Arktis durch folgende Maßnahmen verstärken:

- Beitrag zur Aufrechterhaltung des friedlichen und konstruktiven Dialogs und der Zusammenarbeit in einer sich wandelnden geopolitischen Landschaft, um die Sicherheit und Stabilität der Arktis zu erhalten, indem Fragen der Arktis in ihren externen Kontakten angesprochen werden, die regionale Zusammenarbeit intensiviert wird und eine strategische Vorausschau auf sich abzeichnende sicherheitspolitische Herausforderungen entwickelt wird;
- Bewältigung der ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, die sich aus dem Klimawandel ergeben, und entschlossenes

⁵ COM(2021) 240

⁶ Kanada, Königreich Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Russland, Schweden, Vereinigte Staaten von Amerika.

⁷ JOIN(2021) 3.

⁸ COM(2008) 763, JOIN(2012) 19 und JOIN(2016) 21.

⁹ Schlussfolgerungen des Rates zum Thema Klima- und Energiediplomatie – Umsetzung der externen Dimension des europäischen Grünen Deals, 25. Januar 2021.

Vorgehen gegen den Klimawandel und die Umweltzerstörung, Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Arktis durch Umweltvorschriften, konzertierte Maßnahmen gegen Ruß und das Auftauen des Permafrosts und durch die Forderung, auf die Förderung von Öl, Kohle und Gas auch in den arktischen Regionen zu verzichten;

- Unterstützung einer inklusiven und nachhaltigen Entwicklung der arktischen Regionen zum Nutzen ihrer Bewohner und künftiger Generationen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der indigenen Bevölkerung, von Frauen und jungen Menschen sowie Investitionen in zukunftsorientierte Arbeitsplätze und die blaue Wirtschaft.

1. EINE REGION DER FRIEDLICHEN ZUSAMMENARBEIT IM NEUEN GEOPOLITISCHEN UMFELD

Die EU wird ihre strategische Vorausschau verbessern, Arktisbelange systematisch in ihre externe Diplomatie einbeziehen und auf regionaler Zusammenarbeit aufbauen. Um Sicherheitsbedenken auszuräumen, wird sie die Katastrophenschutzkapazitäten und die Zusammenarbeit bei Such- und Rettungseinsätzen stärken und die Forschung zu den Auswirkungen des auftauenden Permafrosts intensivieren.

Die Zahl der an den Arktisregionen interessierten Länder, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Dadurch könnte sich in der Arktis ein geopolitischer Wettbewerb entwickeln, der den Interessen der EU schadet. Im Mittelpunkt stehen dabei neben der Nutzung von Ressourcen und Transportrouten auch die massiv verstärkten militärischen Aktivitäten in vielen Teilen der Arktis. Die EU setzt sich entschlossen für die Aufrechterhaltung einer sicheren, stabilen, nachhaltigen und wohlhabenden Arktis ein, die weiterhin eine Region mit geringen Spannungen und einer friedlichen multilateralen Zusammenarbeit bleiben muss. In seinen Schlussfolgerungen zur Klima- und Energiediplomatie vom Januar 2018 wies der Rat der EU auf die Bedeutung von Umweltfragen und Klimawandel für Sicherheit und Verteidigung sowie auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit Partnerländern, internationalen Organisationen wie dem System der Vereinten Nationen (VN) und im Rahmen multilateraler Partnerschaften hin.

Die militärischen Aktivitäten im gesamten russischen Teil der Arktis scheinen sowohl die globale strategische Positionierung als auch die innenpolitischen Prioritäten, einschließlich der doppelten Nutzung der Infrastruktur, widerzuspiegeln. Neben den zunehmenden sicherheitspolitischen Herausforderungen könnte dies auch die Folgen des Klimawandels weiter verschärfen. Die Zunahme der Aktivitäten dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass die lange Nordküste nun viel besser zugänglich ist, steht aber größtenteils nicht in direktem Zusammenhang mit der Arktis¹⁰. Viele Länder, darunter die USA, Norwegen, das Vereinigte Königreich, Dänemark, Kanada und Island, verfolgen diese Entwicklungen genau, ebenso wie die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), um auf Russlands erhöhtes Selbstbewusstsein in arktischen Gewässern und Lufträumen zu reagieren. Es ist auch eine Zunahme der Aktivitäten anderer Akteure, u. a. von China, und ein wachsendes Interesse an Bereichen wie dem Eigentum an kritischen Infrastrukturen, der Verlegung von Seekabeln, der weltweiten Schifffahrt, dem Cyberspace sowie eine Zunahme von Desinformation zu verzeichnen.

Die Zunahme der Anträge auf einen Beobachterstatus im Arktischen Rat ist ein Zeichen für

¹⁰Siehe Gemeinsame Mitteilung über die Beziehungen zwischen der EU und Russland, JOIN(2021) 20.

das veränderte geopolitische Umfeld. Um ihr Engagement in den Arbeits- und Sachverständigengruppen des Arktischen Rates weiter zu verstärken, bekräftigt auch die EU ihren Antrag auf Zuerkennung eines offiziellen Beobachterstatus. Im Einklang mit der Erklärung des Arktischen Rates in Kiruna vom Mai 2013¹¹ wird die EU weiterhin einen Beitrag zur Arbeit des Arktischen Rates leisten. Sie wird dabei gegebenenfalls mit anderen Beobachtern, auch mit EU-Mitgliedstaaten, zusammenarbeiten.

Verbesserung der strategischen Vorausschau

Die EU verfolgt die sicherheitspolitischen Entwicklungen aufmerksam und in mancher Hinsicht mit Besorgnis. Die arktische Sicherheit umfasst ökologische, wirtschaftliche und politisch-militärische Elemente, die nicht isoliert voneinander betrachtet werden können. Klimawandel und Eisschmelze führen zu größerem geopolitischem Interesse und bergen ein hohes Potenzial für einen verstärkten strategischen Wettbewerb. Die EU wird ihre Fähigkeit zur strategischen Vorausschau in Übereinstimmung mit den im Bericht über die strategische Vorausschau 2021 aufgeführten Aktionsbereichen¹² ausbauen, um das Verständnis der sicherheitspolitischen Auswirkungen von klimatischen Veränderungen in der Arktis und deren Konsequenzen für das globale Sicherheitsumfeld zu verbessern. Sie wird mit ihren Partnern, u. a. den USA, Kanada, Norwegen und Island und im Rahmen des umfassenderen laufenden Austauschs über Klimawandel und Sicherheit auch mit der NATO, bei der strategischen Vorausschau zusammenarbeiten, um die mittel- bis längerfristigen Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit zu untersuchen und entsprechende Studien und Daten gemeinsam nutzen.

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen und militärischen Aktivitäten in der Region bietet das Satellitenzentrum der EU (SatCen) eine gesicherte Geoanalyse an, die die Bemühungen der EU zur Überwachung der Sicherheitslage in der Arktis unterstützen und die Stabilität durch vertrauensbildende Maßnahmen und die Verhütung unvorhergesehener Zwischenfälle verbessern wird. Galileo bietet bereits einen Such- und Rettungsdienst an und kann für andere sicherheitsrelevante Dienste eingesetzt werden. Der öffentliche regulierte Galileo-Dienst wird für seine autorisierten Nutzer einen unbegrenzten und kontinuierlichen Zugang zu zuverlässigen Navigationsdiensten in der Arktis gewährleisten und damit die Sicherheit von Aktivitäten in der Region erhöhen.

Konstruktiv zusammenwirkende politische Strategien der EU als Grundlage

Die Politik der EU stützt sich auf die Grundsätze des SRÜ, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung sowie auf ihr Engagement im Arktischen Rat, im Euro-Arktischen Barents-Rat und innerhalb des politischen Rahmens für die Nördliche Dimension (siehe Kasten zu Schwerpunkt 1).

SCHWERPUNKT 1: Die EU und die Nördliche Dimension

Als Nördliche Dimension (ND) wird die gemeinsame Politik für die EU, Russland, Norwegen und Island bezeichnet.

Die vier Partnerschaften im Rahmen der ND befassen sich mit folgenden Bereichen: i) Umwelt (einschließlich nukleare Sicherheit); ii) Öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen; iii) Verkehr und Logistik und iv) Kultur.

¹¹ Sekretariat des Arktischen Rates, Kiruna-Erklärung, Kiruna Schweden, 15. Mai 2013.

¹² COM(2021) 750 final vom 8.9.2021 – „Strategische Vorausschau 2021 – „Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU“

Mit der Umweltpartnerschaft der ND (NDEP) sollen die Abwasserbehandlung im Einzugsgebiet der Ostsee verbessert und Rußemissionen bekämpft werden. Die Projekte werden über den NDEP-Unterstützungsfonds (insgesamt 350 Mio. EUR) durchgeführt, der von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) verwaltet wird und bis 2027 verlängert wurde. Bei der Kernenergiekomponente der NDEP handelt es sich um einen multilateralen Finanzierungsmechanismus zur Bewältigung der mit den nuklearen Altlasten der Sowjetzeit in Nordwestrussland verbundenen Risiken. Die Barentssee befindet sich eine der weltweit größten Ansammlungen abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle. Seit 2002 haben die Beitragszahler 166,3 Mio. EUR für die Kernenergiekomponente bereitgestellt. Die EU hat die Umweltkomponente mit 44 Mio. EUR und die Kernenergiekomponente mit 40 Mio. EUR unterstützt. NDEP-Projekte haben den ökologischen Zustand der Ostsee maßgeblich verbessert und die Gefahr einer radiologischen Verseuchung der arktischen Gewässer eingedämmt.

Die EU hat sich für eine starke internationale Vernetzung der Arktisforschung als diplomatisches Instrument¹³ eingesetzt, auch durch bilaterale Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Kanada, Russland und den USA. Seit 2016 unterstützt die EU diese Wissenschaftsdiplomatie durch Ministerkonferenzen zur Arktisforschung¹⁴. Mit dem Forschungsbündnis „All Atlantic Ocean Research Alliance“ soll die Arktisforschung vorangebracht werden, und die EU strebt eine transatlantische Forschungszusammenarbeit von Pol zu Pol an. Die EU wird Arktisfragen systematisch in ihre Dialoge mit Akteuren in der Arktis und anderen Akteuren wie den USA, Kanada, Norwegen, Island, Russland, China, Japan, der Republik Korea und Indien sowie mit regionalen Gremien einbeziehen. Durch die Schaffung der Stelle eines Sondergesandten für Arktisfragen innerhalb des Europäischen Auswärtigen Dienstes verfügt die EU über eine zentrale Anlaufstelle für ihre diplomatische Zusammenarbeit im Bereich der Arktis.

Die EU unterhält wichtige Beziehungen zu Grönland und den Färöern. Beide gehören zum Königreich Dänemark und streben eine noch engere Verbindung zur EU an. Um die langjährige Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und Grönland weiter zu festigen und auszubauen, wird die Europäische Kommission ein Büro in Nuuk einrichten. Dieses Büro wird die EU-Unterstützungsmaßnahmen für Grönland verwalten und die weitere Stärkung und Vertiefung der Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und der Regierung Grönlands fördern, unter anderem durch Zusammenarbeit und einen Dialog in Bereichen von gemeinsamem Interesse, in enger Abstimmung mit dem Sonderbeauftragten für Arktisfragen.

SCHWERPUNKT 2: Grönland

Grönland führt im Rahmen des Übersee-Assoziationsbeschlusses einen weitreichenden politischen und strategischen Dialog mit der EU und verfügt über präferenzielle Handelsregelungen für den Zugang zum EU-Markt. Zudem ist Grönland (mit voraussichtlich 225 Mio. EUR für den Zeitraum 2021-2027) einer der größten Empfänger von EU-Unterstützung pro Kopf in den überseeischen Ländern und Gebieten. Dadurch werden die nachhaltige Entwicklung Grönlands und die Diversifizierung seiner Wirtschaft unterstützt. Bislang zielte die langfristige Unterstützung durch die EU insbesondere auf die Stärkung des Bildungssystems und die Verbesserung der Lernmöglichkeiten ab, da Wissen und Kompetenzen für die sozioökonomische Entwicklung Grönlands von entscheidender Bedeutung sind.

Das 2021 erneuerte Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Grönland über nachhaltige Fischerei ist ein wichtiger Meilenstein in der langjährigen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zur Förderung der

¹³ Die EU-Programme für Forschung und Innovation bieten eine optimale Grundlage für die internationale Zusammenarbeit, da fünf der acht arktischen Länder EU-Mitgliedstaaten (Finnland, Schweden, Königreich Dänemark) bzw. assoziierte Länder (Norwegen und Island) sind. Die Faöer-Inseln haben einen Sonderstatus und nehmen, obwohl sie Teil des Königreichs Dänemark sind, als assoziiertes Land teil.

¹⁴ Die Ministerkonferenzen zur Arktisforschung werden als zwischenstaatliche Treffen halbjährlich von an der Arktisforschung interessierten Ländern ausgerichtet.

nachhaltigen Nutzung der Meeresressourcen. Die EU ist bestrebt, ihre Partnerschaft mit Grönland zu vertiefen und auszuweiten, einschließlich einer möglichen Zusammenarbeit in Fragen des grünen Wachstums. Eine ständige Präsenz der EU in Grönland wäre ein starkes Zeichen für die Stärkung unserer Partnerschaft und der Sichtbarkeit der EU-Maßnahmen vor Ort, beispielsweise durch die Einrichtung eines Büros der Europäischen Kommission auf grönländischem Gebiet.

Zusammenarbeit in den Bereichen Katastrophenschutz, zivile Sicherheit und sicherheitspolitische Herausforderungen in den arktischen Regionen

Ein wachsendes Interesse an Arktisforschung, Ressourcen, Infrastruktur, **Verkehr** und Tourismus erfordert verbesserte Sicherheits- und Schutzsysteme wie Satelliten, um Daten über Umwelt, Wetter, Eis, Biologie, Schifffahrt und Luftverkehr zu erheben und die Kommunikation zu verbessern. Waldbrände und Überschwemmungen kommen aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels auch in den arktischen Regionen immer häufiger vor, der Arktische Rat überwacht diese Entwicklungen inzwischen¹⁵. Daher werden immer mehr Kapazitäten für Notfallmaßnahmen benötigt.

Die Instrumente und Erfahrungen der EU im Bereich der Krisenbewältigung bei Umweltkatastrophen werden in der europäischen Arktis und darüber hinaus von großem Nutzen sein. Die EU wird im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union¹⁶ und ihres Zentrums für die Koordination von Notfallmaßnahmen mit wichtigen Partnern zusammenarbeiten. Das Katastrophenschutzverfahren der Union ist bereits über Dänemark, Finnland, Schweden, Island und Norwegen in der Arktis präsent, und es wird eine ähnliche Zusammenarbeit mit anderen arktischen Staaten erwartet, unter anderem im Rahmen der Arbeitsgruppe des Arktischen Rates für Katastrophenprävention, -vorsorge und -reaktion.

Der Copernicus-Katastrophen- und Krisenmanagementdienst der EU bietet bereits Überwachung, Frühwarnung und Kartierung sowohl vor als auch unmittelbar nach einer Katastrophe an. Durch das Globale Katastrophenwarn- und -koordinierungssystem (Global Disaster Alert and Coordination System – GDACS)¹⁷ der EU werden die Alarmmeldungen und die Koordinierung nach plötzlich auftretenden Katastrophen größeren Ausmaßes verbessert. Die EU wird die Kapazität von Copernicus und des Europäischen Meeresbeobachtungs- und -datennetzwerks (European Marine Observation and Data Network – EMODNet) stärken, um die Auswirkungen extremer Wetterereignisse besser vorherzusehen, mit besonderem Schwerpunkt auf der Arktis. Das künftige Galileo-gestützte Notfallwarnsystem wird genutzt, um die von einer sich anbahnenden Katastrophe bedrohten Bevölkerungsgruppen direkt zu erreichen und zu warnen, insbesondere in abgelegenen Gebieten, die nicht von terrestrischen Konnektivitätsnetzen abgedeckt sind.

Rechtzeitige und effiziente Such- und Rettungseinsätze sind in der Arktis aufgrund ihres strengen Klimas, des unvorhersehbaren Wetters und der riesigen Entfernungen von entscheidender Bedeutung. Der Galileo-Such- und Rettungsdienst verkürzt die für die Rettung von Menschen auf See benötigte Zeit erheblich. Der neue Galileo-Return-Link-

¹⁵ In den vergangenen zehn Jahren wurden nachweislich 83 % aller durch Naturereignisse ausgelösten Katastrophen durch extreme wetter- und klimabedingte Ereignisse wie Überschwemmungen, Stürme und Hitzewellen verursacht. Internationaler Verband des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds, Weltkatastrophenbericht 2020.

¹⁶ Das Katastrophenschutzverfahren der EU stärkt die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und sechs Teilnehmerstaaten (einschließlich Island und Norwegen) im Bereich des Katastrophenschutzes.

¹⁷ Das GDACS ist ein Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den VN, der Kommission und den Katastrophendiensten weltweit, um Warnungen, Informationsaustausch und Koordinierung in der ersten Phase nach plötzlich auftretenden Katastrophen größeren Ausmaßes überall auf der Welt zu verbessern.

Service (Rückmeldedienst von Galileo) bietet Seefahrern und Piloten in feindseligen Umgebungen neue Funktionen, die derzeit nur von Galileo angeboten werden, und zwar weltweit und kostenlos.

Der maritime Such- und Rettungsdienst wird durch die verstärkte Nutzung der Satellitensysteme der EU und der von den EU-Agenturen bereitgestellten Dienste noch weiter verbessert werden. Im Einklang mit dem Aktionsplan für die EU-Strategie für maritime Sicherheit¹⁸ wird die Zusammenarbeit zwischen den Küstenwachen gefördert, insbesondere im Rahmen des Arktischen Küstenwacheforums. Um die Schiffssicherheit in der Arktis zu verbessern, unterstützte die EU die Sicherheitsleitlinien der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) für Fischereifahrzeuge und Sportboote in der Arktis sowie die Entwicklung verbindlicher Maßnahmen zur Reiseplanung und Navigation – Phase 2 des Polarkodex der IMO.

SCHWERPUNKT 3: Auftauender Permafrost

Es besteht die dringende Notwendigkeit, die negativen Auswirkungen des auftauenden Permafrosts und der damit verbundenen Freisetzung von Gashydraten anzugehen, die eine eindeutige Gefahr für die arktische Umwelt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner darstellen und auch über die Arktis hinaus Auswirkungen haben.

- Klimawandel: Treibhausgase, die aus dem auftauenden Permafrost freigesetzt werden, drohen irreversible Veränderungen in der Arktis und in anderen Regionen zu verursachen. Die EU wird das Wissen über diesen Prozess durch Satellitenbeobachtung und -messungen von Flugzeugen, Schiffen und Bodenstationen aus verbessern.

- Infrastruktur: Der auftauende Permafrost schwächt die Infrastruktur und erhöht die Küstenerosion. Mehr als 70 % der arktischen Infrastruktur und 45 % der Ölförderungsfelder liegen auf Permafrostböden. Zu den potenziellen Maßnahmen gehören die Entwicklung von Geräten und Methoden für die lokale Kühlung und Stabilisierung, die Bereitstellung von Satellitendaten über Bodenabsenkungen und Erosion in Permafrost-Gebieten und die Festlegung strengerer Baustandards.

- Gesundheitsaspekte: Die Risiken für die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen werden von den nationalen Gesundheitsbehörden überwacht und bewertet. Dazu gehören Risiken durch Krankheitserreger wie Milzbrand oder Kontaminanten wie Quecksilber, die im Permafrost enthalten sind, Schäden an Abwasserleitungen und die Übertragung von Krankheitserregern in Permafrost-Gebiete aufgrund der Artenwanderung und menschlicher Tätigkeiten.

Weitere Forschungsarbeiten sind erforderlich, um Anpassungs- und Eindämmungsmaßnahmen zu entwickeln und das Wissen über die Auswirkungen auf die Gemeinschaften und die nachhaltige Entwicklung zu erweitern. Die EU unterstützt diese Aktivitäten bereits im Rahmen von Horizont 2020 durch das Projekt „Nunataryuk“. Im Rahmen des Projekts „Arctic Passion“, das auf diesen Arbeiten aufbaut, wird das Auftauen von Permafrost überwacht und prognostiziert und Permafrost-Parameter mithilfe von Copernicus-Satelliten und In-situ-Beobachtungen, einschließlich der von indigenen Gruppen bereitgestellten Daten, kartiert.

Ein zentrales Ziel wird eine engere Zusammenarbeit mit den Arktisstaaten, insbesondere Russland, bei der Erhebung von Daten und der Bereitstellung von Diensten für Permafrost-Gebiete sein, um die Umwelt- und Gesundheitssicherheit zu verbessern und Eindämmungsmaßnahmen zu entwickeln. Außerdem müssen die möglichen Zusammenhänge zwischen dem Klimawandel, dem Auftauen von Permafrost und der Freisetzung neuer und alter Krankheitserreger mit epidemischem Potenzial besser verstanden werden. Es könnte ein Überwachungssystem als Teil der Partnerschaft für Gesundheit im Rahmen der Nördlichen Dimension eingerichtet werden, um solche Krankheitserreger zu erkennen und die von ihnen ausgehenden Gefahren vorherzusagen und frühzeitige Warnungen auszugeben.

Die Behörde für gesundheitliche Notfallvorsorge und -bewältigung (HERA) wird eine Schlüsselrolle bei der

¹⁸ EU-Strategie für maritime Sicherheit und Aktionsplan zu ihrer Umsetzung, angenommen am 24. Juni bzw. 16. Dezember 2014.

Vorhersage künftiger Gesundheitsgefahren spielen, einschließlich der möglichen Reaktivierung auftauender Keime, die im Permafrost eingeschlossen waren. Bei einem möglichen künftigen Gesundheitsnotstand würde der EU-Mechanismus für die Gesundheitssicherheit unter Einbeziehung von Agenturen, einschließlich des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, aktiviert werden.

Ziele der EU sind:

- die Verbesserung ihrer strategischen Vorausschau in Bezug auf Sicherheitsrisiken in der Arktis, insbesondere im Zusammenhang mit dem Klimawandel, in Zusammenarbeit mit Partnerländern und der NATO;*
- die Einrichtung eines Büros der Europäischen Kommission in Nuuk (Grönland), um die Zusammenarbeit zwischen der EU und Grönland zu festigen und zu stärken;*
- die verstärkte Beteiligung der EU an allen einschlägigen Arbeitsgruppen des Arktischen Rates;*
- das Vorantreiben einer „All Atlantic Ocean Research and Innovation Alliance“, eines transatlantischen Forschungsbündnisses, das sich von Pol zu Pol erstreckt;*
- der Beitrag zur Verbesserung der maritimen Seenotrettung durch stärkere Nutzung der Satellitensysteme der EU und Zusammenarbeit zwischen den Küstenwachen, insbesondere mit dem arktischen Küstenwacheforum;*
- die Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern und regionalen Foren im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union zur Stärkung der Reaktionskapazitäten und der Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz in der Region;*
- die Förderung der Forschung und Erhebung von Daten über die langfristigen Auswirkungen des Auftauens von Permafrost, um die potenziellen Auswirkungen auf die Gemeinschaften, die Gesundheit und die nachhaltige Entwicklung zu bewerten und Eindämmungsmaßnahmen zu entwickeln;*
- die Nutzung der HERA, um künftige Gesundheitsbedrohungen in der Arktis zu antizipieren, einschließlich der durch das Auftauen drohenden Gefahr der Reaktivierung von Keimen, die bis dahin in Permafrost eingeschlossen waren.*

2. STÄRKUNG DER RESILIENZ DER ARKTIS GEGENÜBER KLIMAWANDEL UND UMWELTZERSTÖRUNG

Die EU ist sich der Auswirkungen ihrer eigenen Tätigkeiten auf die Region bewusst und wird diese auch weiterhin analysieren.¹⁹ Sie arbeitet darauf hin, diese Auswirkungen in enger Zusammenarbeit mit nationalen, regionalen und lokalen Behörden und den arktischen Gemeinschaften in koordinierter Weise anzugehen. Die EU wird gegen die wichtigsten Verschmutzungsquellen vorgehen, die die arktischen Regionen in der Luft, an Land und auf See betreffen, wie Kunststoffe/Abfälle im Meer, Ruß, Chemikalien und Verkehrsemissionen sowie die nicht nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

Klimawandel und biologische Vielfalt: zwei Seiten einer Medaille

¹⁹ Overview of EU actions in the Arctic and their impact (Überblick über EU-Maßnahmen in der Arktis und ihre Auswirkungen), Office for Economic Policy and Regional Development, EPRD, Polen, Juni 2021 („EPRD-Bericht“). Von dem EU-Partnerschaftsinstrument finanzierter Studienbericht.

Klimawandel und biologische Vielfalt hängen zusammen. Die EU ist führende Kraft bei den Verhandlungen im Rahmen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD). Sie hat kürzlich ein Klimagesetz verabschiedet, in dem das Ziel festgelegt ist, bis 2050 klimaneutral zu werden, die Resilienz zu stärken und die Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel zu verringern. Das vorgeschlagene Paket „Fit für 55“ zielt darauf ab, durch die Klima-, Energie-, Flächennutzungs-, Verkehrs- und Steuerpolitik der EU zu erreichen, dass die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % reduziert und die Ziele des Pakets in solide politische Maßnahmen und Verpflichtungen umgesetzt werden, die der Arktis zugutekommen. Die EU unterstützt auch das globale Ziel „30*30“, mit dem 30 % der Landfläche und 30 % der Ozeane bis 2030 geschützt werden sollen, indem ein Netz von Meeresschutzgebieten aufgebaut und andere wirksame Erhaltungsmaßnahmen (OECM) durchgeführt werden. Die EU tritt auch nachdrücklich für ein SRÜ-Durchführungsübereinkommen über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsgewalt (BBNJ) ein.

Die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der lebenden Meeresressourcen der Arktis, einschließlich der Fischbestände, ist von entscheidender Bedeutung. Die EU ist Vertragspartei des Übereinkommens zur Verhinderung der unregulierten Hochseefischerei im zentralen Nordpolarmeer²⁰ (siehe Kasten zu Schwerpunkt 4).

SCHWERPUNKT 4: Das Übereinkommen zur Verhinderung der unregulierten Hochseefischerei im zentralen Nordpolarmeer zum Erfolg führen

Das Inkrafttreten dieses Übereinkommens ist eine Erfolgsgeschichte für die Arktis. Durch das Übereinkommen werden die Meeresökosysteme geschützt, indem bei allen künftigen Fischereitätigkeiten im zentralen Nordpolarmeer ein vorsorgeorientierter und wissenschaftsbasierter Ansatz verfolgt wird. Die EU hat maßgeblich zu den Verhandlungen und den Vorbereitungsarbeiten beigetragen, bevor das Übereinkommen in Kraft trat. Die EU wird seine rasche Umsetzung unterstützen, einschließlich der Aufstellung des gemeinsamen wissenschaftlichen Programms, der Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen für die Forschungsfischerei und der erforderlichen institutionellen Vereinbarungen. Im Rahmen ihres Beitrags zum gemeinsamen wissenschaftlichen Programm wird die EU auch Forschungsarbeiten im zentralen Nordpolarmeer durchführen.

Zum Schutz der Arktis unterstützt die EU auch die Ausweisung von Meeresschutzgebieten im Arktischen Ozean, unter anderem im Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR).

Die von der EU gemeinsam mit der Europäischen Weltraumorganisation durchgeführte Initiative zur Erforschung des Erdsystems war für das Verständnis des Klimawandels von entscheidender Bedeutung. Das Copernicus-Programm betreibt ein spezielles Beobachtungs- und Prognosezentrum für den Arktischen Ozean und ist auf die Beobachtung und Überwachung von Meereis spezialisiert. Die EU wird die Arktis-Dienste von Copernicus weiter ausbauen und das Wissen und die Daten nutzen, die durch Projekte wie „Arctic Passion“ im Rahmen von Horizont 2020 gesammelt wurden. Sie wird die Einrichtung einer thematischen Copernicus-Plattform für die Arktis prüfen, die als zentrale Anlaufstelle alle relevanten Dienste für die Überwachung der Pole, sowohl an Land als auch auf See, anbieten soll.

Bekämpfung der Verschmutzung durch Kunststoffe/Abfälle im Meer

In der EU sollen Kunststoffabfälle und Mikroplastik bis 2030 um 50 % bzw. 30 % reduziert

²⁰ Beschluss (EU) 2019/407 des Rates vom 4. März 2019 über den Abschluss des Übereinkommens zur Verhinderung der unregulierten Hochseefischerei im zentralen Nordpolarmeer im Namen der Europäischen Union (ABl. L 73 vom 15.3.2019, S. 1).

werden²¹. Die EU strebt ein globales Kunststoffübereinkommen zur Bekämpfung der Verschmutzung durch Kunststoffe an, das auf einem Konzept der Kreislaufwirtschaft beruht und sich auf den gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen erstreckt. Darüber hinaus wird sich die EU durch den Null-Schadstoff-Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden weltweit für eine schadstofffreie Umwelt einsetzen. Die EU beteiligt sich aktiv an den Arbeiten des Arktischen Rates und des OSPAR, die sich speziell mit Abfällen im Meer, einschließlich Kunststoffen, befassen.

Förderung kollektiver Maßnahmen zur Verringerung der Rußablagerungen in der Arktis

Die Verringerung der Rußemissionen, die Auswirkungen auf die Arktis haben, stellt nach wie vor eine große Herausforderung dar. Als kurzlebiger Klimaschadstoff führt Ruß zu einer starken regionalen Erwärmung, da er hoch reflektierende Oberflächen verdunkelt und die Sonneneinstrahlung in der Luft absorbiert. Er ist auch ein gesundheitsschädlicher Luftschadstoff. Die EU ist für rund 36 % der Rußablagerungen in der Arktis verantwortlich²², was zur Erwärmung sowohl der Atmosphäre als auch des Bodens und der Eisoberfläche führt. Daher fördert die EU eine umfassende Politik zur Bewältigung dieser Herausforderung (siehe Kasten zu Schwerpunkt 4).

SCHWERPUNKT 5: Ruß

Die EU unterstützt das Richtziel des Arktischen Rates, die Rußemissionen, die die Arktis erreichen, bis 2025 um 33 % gegenüber dem Stand von 2013 zu verringern, und wird danach streben, einen Beitrag zu diesem Ziel zu leisten.

Die EU fordert alle Arktisstaaten auf, dafür zu sorgen, dass ihre arktischen Gemeinschaften erneuerbare Energien nutzen und sowohl den Einsatz von Diesel (für die Stromerzeugung) als auch die Rußemissionen verringern.

Die EU wird sich darum bemühen, die Rußemissionen im Einklang mit den im jüngsten Null-Schadstoff-Aktionsplan angekündigten Maßnahmen im Wege eines multilateralen Ansatzes zusammen mit den USA, Kanada und anderen Ländern zu verringern und dabei auf den Arbeiten des Arktischen Rates²³ aufzubauen.

Die EU wird auch die Zusammenarbeit fördern, die darauf abzielt, den von Bränden (Wald- und Torfbränden) ausgehenden Ruß zu verringern, insbesondere indem sie vorschlägt, dass die Arktisstaaten und weitere Staaten in Erwägung ziehen, Ressourcen für die Waldbrandbekämpfung aus der Luft und am Boden aufzubauen und gemeinsam zu nutzen, die im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit, wie etwa des Katastrophenschutzverfahrens der Union, eingerichtet werden könnten.

Die EU wird zum Thema Ruß weiterhin eng mit dem „Arctic Monitoring and Assessment Programme“ (AMAP) des Arktischen Rates²² zusammenarbeiten und sich dabei auf die im Rahmen des früheren Partnerschaftsinstruments finanzierte Maßnahme stützen.

Die NDEP wird auch Projekte zur Verringerung der Rußemissionen in Russland unterstützen. Ein wichtiger Schritt wäre die Einrichtung eines Netzes von Messstationen.

Die Kommission wird die Verringerung der Rußemissionen ferner im Rahmen der Überprüfung der Richtlinie (EU) 2016/2284 über nationale Emissionshöchstmengen bis 2025 prüfen.

Das Globale Waldbrandinformationssystem im Rahmen von Copernicus wird die Auswirkungen von Bränden in der Arktis und deren Emissionen überwachen, die in den letzten Jahren dramatisch zugenommen haben²⁵.

²¹ COM(2021) 400.

²² EPRD-Bericht, S. 5.

²³ Report from the Arctic Council Expert Group on Black Carbon and Methane, Summary of Progress and Recommendations 2021 (Bericht der Expertengruppe des Arktischen Rates zu Ruß und Methan, Zusammenfassung der Fortschritte und Empfehlungen 2021), Reykjavík (Abschnitt 22).

²⁴ <https://eua-bca.amap.no/>

²⁵ <https://ercportal.jrc.ec.europa.eu/getdailyamap/docId/3662>

Die EU wird die Kapazität des Copernicus-Dienstes zur Überwachung der Atmosphäre weiter ausbauen, um globale Prognosen zu den Aerosol-Daten von Ruß vorzulegen.²⁶

Förderung des Potenzials erneuerbarer Energien in der Arktis

Die Arktis verfügt über ein enormes Potenzial für erneuerbare Energien (Geothermie, Wind, Grüner Wasserstoff und Wasserkraft). Die Entwicklung sauberer Energietechnologien liegt im Interesse der Arktis und der EU; aus diesem Grund wird die EU die Zusammenarbeit im Bereich der sauberen Energie stärken, den Austausch in diesem Bereich intensivieren und die Möglichkeiten zur Versorgung mit sauberer Energie und für die Energiewende erkunden.

Eindämmung der Verschmutzung durch Chemikalien

Lokale, regionale und multilaterale Bemühungen zur Verwirklichung des Ziels einer Umwelt ohne jegliche Verschmutzung durch Chemikalien werden dazu beitragen, die Verschmutzung der Arktis zu verringern. Die EU dürfte für 6 – 8 % der Quecksilberablagerungen nördlich des Polarkreises verantwortlich sein²⁷ und unterstützt im Rahmen des Übereinkommens von Minamata über Quecksilber konsequente Maßnahmen, um die Quecksilberbelastung weiter einzudämmen. Die anstehende Überarbeitung der Quecksilberverordnung²⁸ wird ebenfalls zu diesen Zielen beitragen.

Verringerung des ökologischen und CO₂-Fußabdrucks des Seeverkehrs

Die EU ist verantwortlich für 31 % der CO₂-Emissionen und 16,5 % der Rußemissionen des Seeverkehrs in der Arktis²⁹. Mit der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität³⁰ wird der Weg des europäischen Verkehrssystems zu einem ökologischen und digitalen Wandel im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal skizziert und darauf abgezielt, die Anbindung dünn besiedelter Gebieten aufrechtzuerhalten und ihre Resilienz zu stärken.

Die Europäische Kommission wird im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals und dem Paket „Fit for 55“³¹ die Bemühungen um eine emissions- und schadstofffreie arktische Seeroute im Arktischen Ozean anführen. Der EU ist bekannt, dass die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) vor Kurzem das Schwerölverbot für die Schifffahrt in arktischen Gewässern angenommen hat, und wird auf die rasche und vollständige Umsetzung dieses Verbots drängen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden sich sowohl in der IMO als auch auf EU-Ebene für schnellere und ehrgeizigere Emissionsreduktionen in der Schifffahrt in arktischen Gewässern einsetzen.

Gewährleistung einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Gewinnung und Verarbeitung von Mineralien zugunsten der Klimaneutralität

Die EU³² verbraucht 20 % der mineralischen Erzeugnisse weltweit, ihr Anteil an der Förderung dieser Erzeugnisse liegt jedoch bei lediglich 3 %. Für viele kritische Mineralien ist die EU von einigen wenigen Quellenländern bzw. von einem einzigen abhängig; so liefert China beispielsweise 98 % der Seltenerdmetalle und 93 % des Magnesiums. Die acht Arktisstaaten sind potenziell bedeutende Lieferanten kritischer und anderer Rohstoffe, und in der europäischen Arktis gibt es bereits beträchtliche Tätigkeiten im Bereich der Mineralgewinnung: so plant Schweden beispielsweise, Eisenerz bis 2035 kohlenstoffneutral

²⁶ <https://atmosphere.copernicus.eu/global-forecast-plots>

²⁷ Bericht EPRD, S. 60.

²⁸ Verordnung (EU) 2017/852.

²⁹ Bericht EPRD, S. 94.

³⁰ COM(2020) 789.

³¹ COM(2021) 551, COM(2021) 559, COM(2021) 562.

³² EU plus Vereinigtes Königreich, EPRD-Bericht, S. 114.

zu fördern. Solche Tätigkeiten können eine wichtige wirtschaftliche Dynamik für die Erzeugung von Produkten mit lokaler Wertschöpfung und für mittlere nachgelagerte Industriezweige schaffen und dadurch Wachstum und Beschäftigung fördern.

Die EU wird ökologische, wirtschaftliche und soziale Folgenabschätzungen und bewährte Verfahren für den Bergbau, die Abfallbewirtschaftung und die Reaktionsfähigkeit bei Unfällen fördern und sowohl die gebietsbezogene Bewirtschaftung als auch die Umsetzung von Initiativen zur Kreislaufwirtschaft unterstützen. Mit dem Aktionsplan der EU für kritische Rohstoffe³³ soll eine nachhaltige und sichere Versorgung der Industrie in der EU mit kritischen Rohstoffen unter uneingeschränkter Achtung und Einbeziehung der lokalen und indigenen Gemeinschaften sichergestellt werden. Mit den Grundsätzen der EU für nachhaltige Rohstoffe wird die Bedeutung eines soliden Umweltmanagements und des Schutzes der biologischen Vielfalt unterstrichen und eine effiziente Energienutzung gefördert, zudem werden Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung an den Klimawandel unterstützt und es wird ein Beitrag zur Stärkung der Resilienz indigener Völker gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels geleistet. Ferner werden eine verstärkte Anwendung des Kreislaufprinzips durch sichere Nutzung, Recycling, Entsorgung und Rückgewinnung von Rohstoffen aus Bergbau- und Verarbeitungsabfällen und anderen Sekundärressourcen gefordert. Sie haben auch soziale Aspekte wie die Achtung von Menschenrechten und lokalen Kulturen, Gebräuchen und Werten sowie einen konstruktiven, transparenten und aktiven Dialog mit der lokalen Gemeinschaft zum Gegenstand.

Der Aufbau widerstandsfähiger Wertschöpfungsketten in der EU durch eine nachhaltige Rohstoffgewinnung und -verarbeitung wird dazu beitragen, dass sich die Arktis durch Innovation und Kreislaufwirtschaft nachhaltig entwickeln und dabei sowohl Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz als auch die Schaffung zukunftsorientierter menschenwürdiger Arbeitsplätze sicherstellen kann. Neben saubererer und nachhaltigerer Gewinnungs- und Verarbeitungsprozesse ist es auch notwendig, die Sekundärrohstoffe unter Rückgriff auf saubere grüne Technologien verstärkt lokal und EU-weit zu nutzen, um die Kreislauffähigkeit in der Region zu erhöhen, das derzeitige lineare Modell auslaufen zu lassen und letztlich die Umweltauswirkungen der mineralgewinnenden Industrie zu minimieren. Angesichts der einzigartigen Unberührtheit der Arktis und ihrer hohen Empfindlichkeit gegenüber dem Klimawandel wird sich die EU gemeinsam mit globalen Partnern dafür einsetzen, dass im Einklang mit dem Aktionsplan der EU höchste Standards für die Verringerung der Umweltauswirkungen von Abbau- und Verarbeitungsverfahren festgelegt werden. Zu diesem Zweck werden die umweltfreundliche, nachhaltige Beschaffung von Rohstoffen unter Wahrung des Schutzes der biologischen Vielfalt, die Kreislaufwirtschaft und der Einsatz von Erdbeobachtungstechnologien für die Umweltüberwachung im Rahmen von „Horizont Europa“ zu den Themen der Rohstoffforschung und -innovation zählen.

Andere globale Akteure agieren bereits zügig, um ihre Versorgung zu sichern. Der Zugang zu ausreichenden Ressourcen ist für die strategische Autonomie der EU von entscheidender Bedeutung. Die EU muss auch ihre Beschaffung von außerhalb der EU diversifizieren, um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden. Wir entwickeln strategische Partnerschaften mit ressourcenreichen Ländern wie Kanada und bieten als Gegenleistung für saubere und ethisch erzeugte Rohstoffe eine engere Integration unserer jeweiligen Wertschöpfungsketten, eine Zusammenarbeit bei FuI und die Angleichung an ehrgeizige Umwelt-, Sozial- und

³³ COM(2020) 474.

Governance-Standards an.

Die EU importiert auch in der Arktis gewonnenes Erdöl und -gas³⁴. Sie setzt sich entschlossen dafür ein, die Ziele des Übereinkommens von Paris durch die Umsetzung des europäischen Grünen Deals zu erreichen. Auf der Grundlage der partiellen Moratorien für die Exploration von Kohlenwasserstoffen in der Arktis³⁵ setzt sich die EU dafür ein, dass Erdöl, Kohle und Erdgas auch in den arktischen Regionen im Boden bleiben. Eine wichtige Erwägung in diesem Zusammenhang ist die durch die vorherrschenden Wetterbedingungen ausgelöste besondere Schwierigkeit, bei Industrie- oder Seeunfällen Notfall- und Reinigungsmaßnahmen zu ergreifen.

Zu diesem Zweck wird die Kommission auch gemeinsam mit Partnern auf eine multilaterale rechtliche Verpflichtung hinarbeiten, hinsichtlich der Kohlenwasserstoffreserven in der Arktis und in angrenzenden Regionen keine weitere Entwicklungen zuzulassen und keine solchen Kohlenwasserstoffe – falls sie erzeugt werden sollten – zu kaufen.

Stärkung der Meerespolitik in der Arktis

Der Arktische Ozean und die angrenzenden subarktischen Gewässer stehen im Mittelpunkt der globalen Veränderungen, die durch den Klimawandel verursacht werden³⁶. Die offensichtlichste Veränderung, die im Arktischen Ozean zu beobachten ist, ist der Rückgang des Meereises in den Sommermonaten: Den Vorhersagen einiger Modelle zufolge wird es innerhalb eines Jahrzehnts im Arktischen Ozean eisfreie Sommer geben. Temperaturänderungen wirken sich auf die Meeresströmungen aus, davon bleibt auch der Golfstrom nicht verschont. Die Versauerung des Meerwassers und der rasche Wandel der Temperaturzonen werden erhebliche Auswirkungen auf die Meeres- und Küstenökosysteme der Arktis haben. Diese Auswirkungen könnten katastrophalen Ausmaßes sein.

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen bietet einen Rahmen für die Bewirtschaftung des Arktischen Ozeans, einschließlich der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten. Die EU wird zur Stärkung der internationalen Meerespolitik beitragen und die Partner bei der Gewährleistung einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Bewirtschaftung der Ozeane unterstützen³⁷.

Die EU wird ihre nachhaltigen Beziehungen zu ihren Partnern in der Region wie Island, Norwegen, dem Vereinigten Königreich, Grönland und den Färöern weiter pflegen, auch im Rahmen von Fischereiabkommen. Das internationale Rechtssystem für Svalbard und seine Gewässer muss uneingeschränkt geachtet werden. Im Rahmen der ausschließlichen Zuständigkeit der EU für die Erhaltung der biologischen Meeresschätze vertritt sie 22 EU-Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien des Pariser Vertrags von 1920 über Spitzbergen (Svalbard) sind.

Die EU wird die Kapazität des Copernicus-Dienstes zur Überwachung der Meeresumwelt stärken, um den spezifischen Bedürfnissen des Arktischen Ozeans gerecht zu werden.

Die EU wird:

- in der europäischen Arktis nachhaltige und verantwortungsvolle Lösungen für die Gewinnung kritischer Rohstoffe, die für den ökologischen Wandel benötigt werden,

³⁴ Die EU importiert 87 % des in der russischen Arktis erzeugten Flüssigerdgases (EPRD-Bericht, S. 104).

³⁵ In Teilen der USA, Kanadas und Grönlands.

³⁶ <https://www.ipcc.ch/srocc/>

³⁷ JOIN(2016) 49.

- fördern und strategische Partnerschaften mit ressourcenreichen Drittländern aufbauen,*
- *sich gemeinsam mit globalen Partnern für die Festlegung höchster Standards für die Verringerung der Umweltauswirkungen von Abbau- und Verarbeitungsverfahren einsetzen,*
 - *darauf drängen, dass Erdöl, Kohle und Erdgas – auch in den arktischen Regionen – im Boden bleiben, und sich dabei auf partielle Moratorien für die die Exploration von Kohlenwasserstoffen in der Arktis stützen,*
 - *das Richtziel des Arktischen Rates, die Rußemissionen, die die Arktis erreichen, bis 2025 um bis zu 33 % gegenüber dem Stand von 2013 zu senken, unterstützen und dazu beitragen,*
 - *ein solides BBNJ-Abkommen aushandeln und zur Umsetzung des Übereinkommens zur Verhinderung der unregulierten Hochseefischerei im zentralen Nordpolarmeer beitragen,*
 - *die Ausweisung von Meeresschutzgebieten im Arktischen Ozean unterstützen,*
 - *die Erd- und Ozeanbeobachtung und entsprechende Vorhersagen sowie die Klimavorhersagen durch Kapazitätserweiterungen zugunsten von Copernicus und EMODnet verstärken, um die Vorhersage der Auswirkungen von Erderwärmung und extremen Wetterereignissen zu verbessern,*
 - *die mögliche Einrichtung einer thematischen Plattform „Arktis“ im Rahmen von Copernicus unterstützen, die als zentrale Anlaufstelle alle einschlägigen Dienste zur Beobachtung der Pole, sowohl an Land als auch auf See, bieten soll,*
 - *Forschungsarbeiten finanzieren, die auf ein verbessertes Verständnis der Verbreitung von Kunststoffabfällen über weite Strecken im Nordatlantik und der Verbreitung von Kunststoff-Mikropartikeln über den Luftweg abzielen,*
 - *die Bemühungen um eine emissionsfreie und Null-Schadstoff-Schifffahrt im arktischen Ozean anführen,*
 - *sich für zügigere und ehrgeizigere Emissionsreduktionen in der Schifffahrt in arktischen Gewässern einsetzen.*

3. IMPULSE FÜR EINEN GRÜNEN, BLAUEN UND DIGITALEN WANDEL

Indem die EU den europäischen Grünen Deal, einschließlich des neuen Konzepts für eine nachhaltige blaue Wirtschaft, umsetzt und Prioritäten auf internationaler Ebene verfolgt, strebt sie an, Probleme im Zusammenhang mit dem Klimawandel einzudämmen, Anpassung daran und Erholung davon zu erzielen und europäische Lösungen für einen soliden grünen und blauen Wandel zu bieten.

Förderung von Wissenschaft, Forschung und Innovation zum Nutzen der Arktis

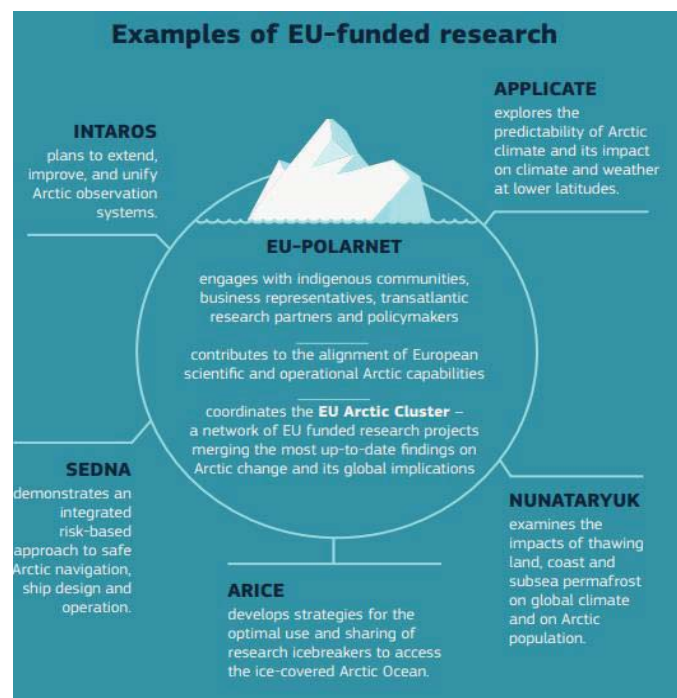
Wissenschaft, Forschung, Innovation und Technologie stehen im Mittelpunkt der EU-Strategien und -Maßnahmen für die Arktis. Der Ansatz der EU im Bereich Wissenschaft und Innovation³⁸ besteht darin, mit gutem Beispiel voranzugehen und bei der Zusammenarbeit für Lösungen auf den Gebieten Umwelt, Digitalisierung, Gesundheit und Innovation Wert auf Multilateralismus, Offenheit und Gegenseitigkeit, aber auch auf einen gerechten und inklusiven Wandel zu legen. Die EU hat 2014-2020 im Rahmen von „Horizont 2020“ etwa 200 Mio. EUR in die Forschung im Zusammenhang mit der Arktis investiert und wird die

³⁸ COM(2021) 252.

Arktisforschung über das Programm „Horizont Europa“³⁹ (2021-2027) unterstützen.

Innovative Technologien wie Satelliten, Big Data, künstliche Intelligenz und fortgeschrittene Modellierung dürften die Arktiswirtschaft verändern. In Sektoren wie der Schifffahrt, der Fischerei und dem Tourismus könnte dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, die Nachhaltigkeit und das Kreislaufprinzip zu verbessern; zugleich stützen sich auch neu entstehende Sektoren wie blaue Technologien, erneuerbare Offshore-Energie, Wasserstoff und maritime Sicherheit auf Innovation und Technologie.

Mit dem Projekt EU-PolarNet 2 (2020-2023) im Rahmen von „Horizont 2020“, dem Nachfolgeprojekt zu EU-PolarNet 1 (2015-2019), zur „Koordinierung und Mitgestaltung des Europäischen Polarforschungsraums“ soll die europäische Polarforschungsgemeinschaft gestärkt werden.



Bei den meisten im Rahmen von „Horizont 2020“ finanzierten Projekten mit Bezug zur Arktis werden lokale Gemeinschaften und indigene Völker einbezogen, die über historisches und ortsspezifisches Wissen über die einzigartigen arktischen Ökosysteme verfügen. Weitere Arbeit in dieser Richtung wird bei speziellen Workshops im Rahmen von EU-PolarNet 2 (siehe Kasten zu Schwerpunkt 6) und über das Forschungsbündnis „All Atlantic Ocean Research Alliance“ entwickelt.

SCHWERPUNKT 6: EU-PolarNet

Im Rahmen des Projekts EU-PolarNet wird das Polar-Cluster der EU koordiniert, das aus dem European Polar Board, dem Svalbard Integrated Arctic Earth Observing System und 21 EU-finanzierten Projekten im

„Horizont Europa“ umfasst drei neue Initiativen, die zur Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Auswirkungen der Forschung in der Arktis in den nächsten 10 Jahren beitragen werden:

- die Mission „Gesunde Ozeane, Meere, Küsten- und Binnengewässer“,
- die Mission „Anpassung an den Klimawandel, einschließlich gesellschaftlicher Wandel“ und
- eine kofinanzierte Partnerschaft für eine klimaneutrale, nachhaltige und produktive blaue Wirtschaft.

Polarbereich besteht. Die Projekte haben folgende Forschungsgegenstände: Veränderungen der biologischen Vielfalt in der Arktis und ihre Ursachen, Wandel in den arktischen Küstensystemen, Prognosen zu den Eisschilden und dem Anstieg des Meeresspiegels, Anpassung und nachhaltige Entwicklung in der Arktis und Kapazitätsaufbau für die Standardisierung im Bereich der Arktis.

Über die Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen werden Zuschüsse für die Ausbildung von Forschenden im Berufseinstieg und für die Mobilität von Forschenden, auch für die Arktis, in allen Phasen der Laufbahn bereitgestellt. Über mehrere laufende, im Rahmen von „Horizont 2020“ geförderte Projekte wurden ebenfalls Ausbildungsprogramme für Nachwuchswissenschaftler in enger Zusammenarbeit mit dem Verband „Association of Polar Early Career Scientists“ angeboten.

Priorität für die Menschen in der Arktis

Sowohl demografische als auch Migrationsentwicklungen, die aus dem immer größeren klimatischen und sozioökonomischen Druck entstehen, dürften sich zunehmend auf die arktischen Regionen auswirken. Während die Gesamtbevölkerung in der Arktis künftig relativ konstant bleiben dürfte, werden in Bezug auf die Wachstumsraten und Migrationsbewegungen erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen arktischen Regionen erwartet. Die EU wird in die Zukunft der Menschen in der Arktis investieren und Impulse für bessere Bildung, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung setzen, unter anderem durch eine stärkere Beteiligung von jungen Menschen, Frauen und indigenen Völkern an die Arktis betreffenden Entscheidungsprozessen zu Themen wie Innovation und Forschung, Schaffung von Arbeitsplätzen, digitale Kompetenzen und Bildung.

Die Menschen sind der Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung und resilienten Gesellschaften. Die arktischen Regionen sind in Bezug auf die Ethnien, die Verwaltung, die Wirtschaft, die Demografie, Migrationsmuster und soziale Gegebenheiten vielfältig. Für einen nachhaltigen Weg in die Zukunft sind ein inklusiver Dialog, Diversität und eine fundierte Teilhabe am Entscheidungsprozess auf allen Ebenen erforderlich.

Das Forum der Interessenträger in der Arktis und der Dialog der indigenen Völker sind nun fester Bestandteil der Arktis-Politik der EU. Die EU führt regelmäßige Gespräche mit Wirtschaftsverbänden wie dem Arktischen Wirtschaftsrat, Organisationen zur Vertretung von Kommunen wie dem Bürgermeisterforum der Arktis und Vertretern der gesamten Arktis, etwa dem Netz nördlicher dünn besiedelter Regionen. Zudem steht die EU in regelmäßigem Kontakt zum Samenrat.

Die COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, dass das Verständnis der mit den Auswirkungen des Klimawandels verbundenen Gesundheitsbedrohungen in der Arktis verbessert werden muss (siehe Kasten zu Schwerpunkt 7).

SCHWERPUNKT 7: Gesundheit und Resilienz

Die EU wird spezifische Projekte mit der Weltgesundheitsorganisation und den Behörden der am stärksten betroffenen arktischen Regionen anstreben, um das Fachwissen und bewährte Verfahren in Bezug auf Krankheitsausbrüche, Naturkatastrophen und andere Bedrohungen für Wildtiere, Pflanzen und Menschen durch den Klimawandel und die Umweltschädigung zu konsolidieren und weiterzugeben. Sie wird die Arbeit des Projekts „One Arctic, One Health“ unterstützen, das von der Arbeitsgruppe „Nachhaltige Entwicklung“ des Arktischen Rates verwaltet wird. Der Arktische Rat achtet besonders auf die Lage der indigenen Völker.

Über die Programme der EU-Kohäsionspolitik und insbesondere das Interreg-Programm „Nördliche Randgebiete und Arktis“ werden die Kultur, die Lebensgrundlagen und das Unternehmertum der Samen und der Inuit unterstützt. Interreg bietet einen Rahmen für direkte persönliche Kontakte über Grenzen hinweg, der genau auf die Besonderheiten der Arktis zugeschnitten ist und Kooperation mit Partnern umfasst. Die langjährige Erfahrung im Bereich der elektronischen Gesundheitsdienste aus dem Programm „Nördliche Randgebiete

und Arktis“ bildet die Grundlage für das COVID-19-Krisenreaktionsprojekt CORE, an dem Russland beteiligt ist.

Die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker ist ein integraler Bestandteil der Menschenrechtspolitik der EU. Die EU wird sich im Einklang mit dem Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) für die Rechte und Freiheiten der indigenen Völker einsetzen, die vollumfängliche Konsultation von und Zusammenarbeit mit indigenen Völkern fördern und vor der Annahme und Umsetzung von Maßnahmen, die diese unmittelbar berühren könnten, den Grundsatz der freiwilligen und in voller Kenntnis der Sachlage zuvor erteilten Zustimmung berücksichtigen.

Die EU wird die im Rahmen der öffentlichen Konsultation zu ihrer Arktis-Politik geknüpften engen Kontakte zu jungen Menschen über Grenzen hinweg beibehalten und einen regelmäßigen Austausch mit Vertretern junger Menschen aus der Arktis einrichten. Jugendorganisationen in der Arktis nehmen bereits an über das Programm Erasmus+ geförderten Maßnahmen teil, um Projekte zu entwickeln und Informationen zu Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, Mobilität zu Lernzwecken und andere Möglichkeiten, als Bürgerinnen und Bürger aktiv zu werden, bereitzustellen. Island und Norwegen sind vollständig an dem Programm beteiligt.

Echte nachhaltige Entwicklung ist ohne die Gleichstellung der Geschlechter nicht möglich. Über das Engagement der EU in der Arktisforschung kann ein besseres Verständnis geschlechterspezifischer und allgemeiner Unsicherheiten der Menschen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, Umweltveränderungen, Migrationsmustern und industrieller Entwicklung gefördert werden. Die EU begrüßt, dass Frauen einen erheblichen Teil der Führung des Samenrates ausmachen und sie wird auf der Grundlage der Arbeit des Arktischen Rates und der Grundprinzipien der EU dafür sorgen, dass die Stimmen der Frauen in die Ausarbeitung von auf die Arktis anwendbaren Strategien einfließen. Im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit wird die EU Programme für junge Menschen und Frauen in der Arktis finanzieren und zur Zusammenarbeit zwischen Städten beitragen.

Förderung der nachhaltigen regionalen Entwicklung

Ziel der Arktis-Politik der EU ist es, Impulse für einen innovativen grünen Wandel zu setzen, in dessen Rahmen die arktischen Regionen die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze u. a. in den folgenden innovativen Sektoren in den Mittelpunkt stellen können: grüne Energie, Wasserstoff, nachhaltige mineralgewinnende Industrie, digitales Lernen, elektronische Gesundheitsdienste, Konnektivität und Infrastruktur, nachhaltiger Tourismus, grüne Technologien, Fischerei und Landwirtschaft (siehe Kasten zu Schwerpunkt 8).

Die EU-Mittel für die Arktis werden im Rahmen der Programme für die Kohäsionspolitik und die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums für Nordschweden und Nordostfinnland vergeben, während mit den Interreg-Programmen die Reichweite der EU-Maßnahmen durch Einbeziehung der Färöer, Islands, Grönlands, Norwegens und Russlands erweitert wird. Diese Programme sind für die EU wichtige Instrumente zur Steuerung der Entwicklung in der Arktis. Mit der Initiative für eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU wird eine gemeinsame europäische Vision für stärkere, vernetzte, resiliente und florierende ländliche Gebiete entwickelt, die auch Gebiete in der Arktis umfassen.⁴⁰

Im Zeitraum 2021-2027 werden die EU-Kohäsionsprogramme auf den grünen und digitalen Wandel ausgerichtet, indem der Übergang zu einer intelligenten Wirtschaft durch

⁴⁰ COM(2021) 345.

kontinuierliche Strategien für intelligente Spezialisierung, Finanzmittel für das Unternehmertum und Initiativen für junge Menschen in der Arktis unterstützt wird. Die nördlichen Regionen Finnlands und Schwedens kommen für eine Förderung im Rahmen des neuen Fonds für einen gerechten Übergang infrage, mit dem die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft abgemildert werden sollen.

SCHWERPUNKT 8: InvestEU für die Arktis

Das Programm „InvestEU“ besteht aus dem Fonds, der Beratungsplattform und dem Webportal und gilt auch für die Arktis. Die EIB-Gruppe⁴¹ wird bei der Umsetzung von InvestEU gemeinsam mit anderen Durchführungspartnern, einschließlich nationaler Förderbanken und internationaler Finanzinstitute wie der Nordischen Investitionsbank, eine zentrale Rolle übernehmen. Drittländer können sich über Beiträge zu InvestEU daran beteiligen.

Die EU-Haushaltsgarantie, die über den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt wird, dürfte öffentlich-private Investitionen in Höhe von 370 Mrd. EUR mobilisieren können, mit denen Projekte in wichtigen Politikbereichen finanziert werden, etwa dem grünen und digitalen Wandel, der Forschung und Innovation, neuen Aktionsbereichen im europäischen Gesundheitssektor und strategischen Technologien.

Bestehenden und neuen EU-Programmen (z. B. den Interreg-Programmen „Aurora“ und „Nördliche Randgebiete und Arktis“ und den Programmen „Karelle“ und „Kolarctic“) und Organisationen (Europäische Investitionsbank-Gruppe), die die nachhaltige Entwicklung in der europäischen Arktis unterstützen können, wird über ein spezielles Online-Portal für Investitionen und Information mehr Sichtbarkeit unter Begünstigten verschafft:

<https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/100774/arctic-funding-en>

Durch intelligente Spezialisierung kann die Entwicklung innovativer Technologien und Lösungen für den grünen Wandel unterstützt und dazu beigetragen werden, dass die Investitionen aus dem EU-Aufbauplan, bei dem Schwerpunkte auf Energieeffizienz, nachhaltiger Energie und dem industriellen Wandel liegen, den europäischen arktischen Regionen zugutekommen. Zudem werden mit dem EU-Fonds für innovative Klimaschutzmaßnahmen Demonstrationsprojekte im Bereich der CO₂-armen Technologien in der Meeresumwelt unterstützt.

Die EIB wird grüne Energie in der Arktis fördern. Für Projekte, die die Kreislaufwirtschaft durch Steigerung der Ressourceneffizienz und durch Fortschritte bei nachhaltigen Produktionsprozessen umsetzen, und andere Kreislaufprojekte, die an verschiedenen Stellen im Lebenszyklus von Produkten ansetzen, stehen Finanzmittel und Investitionen zur Verfügung.

Konnektivität in der Arktis

Weltrauminfrastrukturen leisten in einer Region mit begrenzter Infrastruktur für die terrestrische Konnektivität den Unternehmen und Gemeinschaften grundlegende Dienste.

In Ermangelung einer umfassenden terrestrischen Konnektivität in der Arktis wird die EU über ihre weltraumgestützte Initiative für eine sichere Konnektivität verlässliche und geeignete Mittel bieten, um Folgendes zu gewährleisten:

- (i) sichere staatliche Kommunikation und sichere sensible Daten, Schutz kritischer Infrastrukturen in der rauen arktischen Umgebung, Krisenbewältigung, Telemedizin, Meeres- und Luftraumüberwachung,

⁴¹ Bestehend aus der Europäischen Investitionsbank (EIB) und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF).

- (ii) sichere kommerzielle Kommunikation für die Integration von 5G/6G, Internet der Dinge, elektronische Gesundheitsdienste, Konnektivität auf Flügen und im Seeverkehr und intelligente Bildung und
- (iii) Verfügbarkeit von Hochgeschwindigkeits-Breitbandversorgung, um „weiße Flecken“ zu beseitigen und die Kohäsion in der Arktis und den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, digitale Ungleichheiten zu beheben und so den voll funktionsfähigen Binnenmarkt auch in den dünn besiedelten nördlichen Regionen zu stärken.

Die digitale Komponente der Fazilität „Connecting Europe“ wird den arktischen Regionen geöffnet; somit wird die Möglichkeit geschaffen, Finanzierung für verschiedenste Projekte bereitzustellen, einschließlich grenzüberschreitender 5G-Korridore, intelligenter 5G-Gemeinschaften, Vernetzung von Hochleistungsrechenzentren, des europäischen Cloud-Zusammenschlusses und Seekabelsysteme.

Die Häfen von Luleå, Kemi, Oulu, Narvik und Hammerfest sind TEN-V-Häfen und bilden wichtige Knotenpunkte zwischen dem See- und dem Landverkehr. Die Korridorweiterungen wurden mit der Fazilität „Connecting Europe“ 2021-2027 angenommen, wobei das Ziel in der Beförderung von Fracht aus den arktischen Regionen auf dem Landweg und möglicherweise über den nördlichen Seeweg besteht.

Die EU wird:

- *im Rahmen von „Horizont Europa“ in die Arktisforschung investieren, auch in Zusammenarbeit mit indigenen Wissensträgern,*
- *das Wissen um Gesundheitsgefahren im Zusammenhang mit dem Klimawandel in der Arktis stärken und das Projekt „One Arctic One Health“ unterstützen, möglicherweise über die Europäische Beobachtungsstelle für Klima und Gesundheit,*
- *im Bereich der nachhaltigen Lösungen in der europäischen Arktis mit gutem Beispiel vorangehen und den Einsatz dieser Lösungen in anderen arktischen Regionen und anderen Weltregionen mit rauen Klimabedingungen fördern,*
- *die Forschung zu den gesellschaftlichen und demografischen Auswirkungen der Veränderungen in der Arktis voranbringen,*
- *Frauen, junge Menschen und indigene Völker stärker an den einschlägigen Entscheidungsprozessen beteiligen,*
- *die digitale Konnektivität in den arktischen Regionen über die Weltraumprogramme der EU und die Fazilität „Connecting Europe“ verstärken,*
- *über EU-Finanzierungsprogramme Impulse für einen innovativen grünen Wandel setzen, bei dem die arktischen Regionen die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze in den Mittelpunkt rücken können,*
- *den EU-Finanzierungsmöglichkeiten durch eine zentrale Online-Anlaufstelle mehr Sichtbarkeit verschaffen,*
- *die Verkehrsanbindung über TEN-V-Korridorweiterungen verbessern.*

FAZIT

Mit dieser gemeinsamen Mitteilung verpflichtet die EU sich als Reaktion auf die geopolitischen, umweltbezogenen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und sozialen Herausforderungen in der arktischen Region und um diese herum zu einem verstärkten Engagement in der Region sowie zur Kooperation mit anderen Akteuren zur Steuerung der neuen Möglichkeiten dort. In der Mitteilung werden eine Reihe von EU-Maßnahmen in der Arktis vorgestellt, wobei auf laufenden Arbeiten aufgebaut und auf neue Fachbereiche eingegangen wird. Die Kommission und der Hohe Vertreter werden mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und anderen Organen zusammenarbeiten, um diese Maßnahmen umzusetzen, und den Bericht des Parlaments über die Chancen, Probleme und Sicherheitsfragen in der Arktis zur Kenntnis nehmen. Die EU wird ihre Zusammenarbeit mit allen wichtigen Partnern und Interessenträgern in der Arktis und darüber hinaus ausweiten und dabei der gemeinsamen Verantwortung Rechnung tragen, im Interesse der ganzen Welt auf eine sichere, nachhaltige, florierende und friedliche Region hinzuarbeiten.